

Systemwandel oder Klimakollaps

Warum wir eine tiefgreifende Transformation unserer Ökonomie brauchen*

Von Fabian Scheidler

aus: Blätter für deutsche und internationale Politik 5'2021

Die industrielle Zivilisation hat das Leben auf der Erde in das sechste große Artensterben seiner Geschichte gestürzt. Auch der Homo sapiens wird davon nicht unberührt bleiben: Wenn Nahrungsketten reißen, maritime Ökosysteme zusammenbrechen, die Himalaja-Gletscher und mit ihnen die wichtigsten Süßwasserquellen Asiens schwinden, wenn die Bestäubung von wichtigen Nutzpflanzen durch zu hohe Temperaturen oder durch das Verschwinden von Insekten ausbleibt, kann es schon in den nächsten Jahrzehnten zu einem Zusammenbruch der globalen Nahrungsmittelproduktion kommen. Darauf weist auch eine Studie im Auftrag des britischen Versicherers Lloyd's hin.¹ Die Konflikte, die daraus erwachsen können, sind in unserer waffenstarrten Welt mit einer Milliarde Kleinwaffen und 14 000 Atomsprengköpfen völlig unabsehbar.

Die Chancen, ein dystopisches Kollapsszenario abzuwenden, hängen entscheidend davon ab, ob es gelingen wird, die gegenwärtige räuberische Ordnung, welche die Natur zu einem toten, beliebig ausbeutbaren Objekt degradiert hat, zu überwinden und durch ein System zu ersetzen, das unseren existenziellen Verbundenheiten Rechnung zu tragen vermag. Der Wandel, der dafür notwendig ist, durchzieht alle Lebensbereiche, von der Ökonomie und Politik über die Bildung und Wissenschaften bis zu unseren Kosmologien.

Die moderne Megamaschine ist sowohl ein komplexes als auch ein totales System: Es ist sowohl in unseren Köpfen, Körpern und menschlichen Beziehungen verankert als auch in ökonomischen und politischen Institutionen, in Rechtsformen von Unternehmen, in Gesetzen und internationalen Verträgen, in Grenzzäunen und Panzerbataillonen. **Das Tückische an solchen allumfassenden Systemen besteht darin, dass sich nicht einfach einzelne Teile herausnehmen und verändern lassen, sondern sich im Prinzip alles zugleich ändern muss, weil alles mit allem zusammenhängt.** Man kann zwar zum Beispiel versuchen, innerhalb eines Staates die Ökonomie von einer ausbeuterischen und destruktiven Profitmaximierungslogik auf eine Gemeinwohllogik umzupolen; aber dafür braucht es zugleich internationale Abkommen, die verhindern, dass das Kapital über Nacht ins Ausland flieht und das Land dem Zusammenbruch überlässt. Man kann auch versuchen, das Schulsystem zu ändern, um Menschen die volle Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu ermöglichen, statt sie dafür zu dressieren, entfremdete Arbeiten auszuführen, aber dann braucht es auch, wie bereits der schwedische Ministerpräsident Olof Palme vor einem halben Jahrhundert bemerkte, eine nicht entfremdete Arbeitswelt, in der selbstständig fühlende und denkende Menschen tätig sein können.

Komplexe soziale Systeme wie das moderne Weltsystem haben einen gewissen Spielraum für Veränderungen, der jedoch nicht unendlich groß ist. Bewegungen für Arbeiter- und Frauenrechte, für ein allgemeines, freies und gleiches Wahlrecht, für Frieden, Ökologie und eine menschenfreundliche Bildung haben in den letzten zwei Jahrhunderten große Fortschritte erreicht. Ohne sie dürften Frauen noch immer nicht wählen, müssten Arbeiter 60 Stunden in der Woche schuften, würden Schulkinder weiterhin geschlagen, könnten Staaten noch immer willkürlich über ihre Untertanen verfügen und Unternehmen ihren Dreck vollkommen ungefiltert in Wasser, Luft und Erde entsorgen. Doch bei allen Erfolgen sind zugleich Grenzen der Veränderung erkennbar. Das grundlegende Prinzip der Megamaschine ist trotz allem unberührt geblieben: der Zwang zur endlosen Expansion, die Umwandlung einer lebenden Mitwelt in tote Waren und die damit einhergehende Verwüstung der Biosphäre. Dieses Prinzip ist der harte Kern dieser Zivilisation, ihre Urfunktion, um die sich alle anderen Institutionen formiert haben. Aus diesem Grund ist er auch nicht auf dieselbe Weise zu verändern wie einzelne Missstände.

Die heute weitverbreiteten Gefühle von Ohnmacht gegenüber einer unaufhaltsamen Maschinerie, die uns auf den Abgrund zusteuert, sind daher mehr als verständlich. Auch die Fridays-for-Future-Bewegung, die mit einem bemerkenswerten Elan angetreten ist und Millionen von Menschen weltweit für den Klimaschutz auf die Straße gebracht hat, musste diese bittere Erfahrung machen: Die politisch-ökonomische Maschine walzt weitgehend ungerührt an ihnen vorbei, auch wenn hie und da mal ein grünes Fähnchen aus dem Fenster geschwenkt wird. In der Coronakrise zeigte sich dies einmal mehr in aller Deutlichkeit: Trotz Appellen, die Krise für einen ökologischen Umbau zu nutzen und nicht die Fehler des Finanzcrashes von 2008 zu wiederholen, wurden Milliarden, ja Billionen von Euro und Dollar erneut in die destruktivsten Branchen der Erde, darunter die Automobil- und Flugzeugindustrie, kanalisiert; auf diese Weise wurde der tödliche Pfad, auf dem wir uns befinden, weiter zementiert.

Aber bedeutet dies alles, dass gesellschaftliches Engagement für Veränderung letztlich gar keinen Sinn hat? Nicht unbedingt. Um aber den langfristigen Sinn von Engagement zu begreifen, braucht es eine andere Vorstellung von systemischer Veränderung. Komplexe Systeme lassen sich nicht linear umbauen, so wie man bei einem Haus schrittweise den Grundriss verändern und neue Inneneinrichtungen und Heizsysteme einbauen kann. Bei lebenden Systemen - und dazu gehört auch unser Gesellschaftssystem - sind die Wirkungen von Eingriffen nichtlinear und oft nicht planbar. Die mitunter frustrierende Erfahrung, dass selbst massive Veränderungsbemühungen über lange Zeiträume keine Wirkung entfalten, bedeutet daher nicht, dass sich Verhältnisse zu anderen Zeiten nicht plötzlich sehr schnell wandeln können.

Wie komplexe soziale Systeme entstehen und vergehen

Komplexe soziale Systeme haben, wie alle lebenden Strukturen, Entwicklungszyklen. Sie entstehen, entfalten sich und sterben früher oder später. Die Vorstellung, dass ausgerechnet das gegenwärtige System ewig sein sollte - wie es etwa der amerikanische Politologe Francis Fukuyama mit seinem Slogan vom „Ende der Geschichte“ einst verkündete -, ist absurd. Wie alle sozialen Systeme wird es irgendwann enden und, sofern den Menschen auf diesem Planeten noch eine Zukunft beschieden ist, neuen Organisationsformen Platz machen. Wann genau dies geschieht und auf welche Weise, lässt sich so wenig voraussagen wie das, was an seine Stelle treten wird. Klar ist allerdings, dass die Krisen und Brüche, die wir schon jetzt erleben, zunehmen werden, solange die globale Megamaschine weiter expandiert und die sie tragenden Ökosysteme zerstört.

Der Übergang von einem System zu etwas Neuem ist notwendigerweise ein chaotischer Prozess, der sich nicht vollständig planen und steuern lässt. Je instabiler und chaotischer ein System wird, desto größeren Einfluss können selbst kleine Bewegungen und Turbulenzen auf die folgende Entwicklung haben. Der Prozess des Zerfalls und der Neuorganisation durchläuft dabei verschiedene Phasen: zum einen relativ lange Zeiträume, in denen das System anscheinend unverändert operiert; zum anderen plötzliche Brüche, heftige Krisen, in denen sich in sehr kurzer Zeit die Weichen für den weiteren Verlauf der Geschichte stellen, zum Beispiel Finanzkrisen, ökologische Katastrophen, Kriege oder Pandemien. Ein systemischer Übergang besteht in der Regel aus einer Kaskade von solchen Kipppunkten, die sich über Jahrzehnte, bisweilen auch Jahrhunderte erstrecken kann.

Was aber an einem solchen Kipppunkt geschieht, hängt entscheidend davon ab, was die Menschen in der Zeit davor, also in den scheinbar unbewegten Phasen, getan und gedacht haben, wie sie sich organisiert haben, wie sich Machtverhältnisse, Denkmuster, Debatten und kulturelle Hegemonien verschoben haben. Denn in der Krise, wenn die Uhren plötzlich sehr schnell gehen, zeigt sich, welche Teile der Bevölkerung rasch, entschlossen und koordiniert handlungsfähig sind, wer in der Lage ist, das politische und weltanschauliche Vakuum, das in solchen Situationen oft entsteht, zu füllen, und wer ein Verständnis dafür besitzt, welche Weichen gestellt werden müssen, um sich in die eine oder die andere Richtung zu bewegen. Niemand kann heute wissen, was die zukünftigen Kristallisationspunkte für bestimmte Umbruchprozesse sein werden. Weder hätte irgendjemand voraussagen können, dass ein Teenager mit Asperger-Syndrom und einem Pappschild vor dem schwedischen Parlament eine globale Klimabewegung in Gang setzen würde, noch kann heute jemand sagen, was aus dieser Bewegung wird, wie sie die Menschen langfristig verändert und welche Rolle all das in Zukunft spielen wird. Als sich die schwarze Bürgerrechtlerin Rosa Parks in den Südstaaten der USA 1955 weigerte, einem Weißen im Bus den Platz frei zu machen, konnte sie nicht ahnen, dass dieser kleine Schritt der Zündfunke für eine Bewegung sein würde, die schließlich Millionen Menschen mobilisierte und das Land tiefgreifend veränderte. Gewiss, all diese Bewegungen haben den destruktiven Kern der Megamaschine bisher bei Weitem nicht überwunden; und doch können sie einen entscheidenden Unterschied dabei machen, ob in den kommenden Krisen die Weichen weiter auf einen tödlichen Zusammenbruch gestellt oder ob neue Strukturen geschaffen werden, die langfristig ein menschenwürdiges und friedliches Leben ermöglichen.

Die Epidemie der Einsamkeit überwinden

Eines der größten Hindernisse dafür, uns derartige systemische gesellschaftliche Veränderungen auch nur vorzustellen, ist die Atomisierung der Menschen, ihre Isolation. Seit einigen Jahren sprechen immer mehr Psychologinnen und Sozialwissenschaftler von einer „Epidemie der Einsamkeit“, die sich in vielen Ländern der Erde ausbreitet. Dieses Phänomen betrifft keineswegs nur die älteren Generationen, wo chronische Einsamkeit bereits seit langem grassiert, sondern zunehmend auch junge Menschen, die keine Freunde mehr haben und beziehungslos im Cyberspace herumirren. Eine Studie im Auftrag der britischen Regierung kam 2017 zu dem Ergebnis, dass 9 Millionen von 67 Millionen Menschen im Land nach eigenen Angaben unter häufiger oder chronischer Einsamkeit leiden. Als Reaktion auf die Studie ernannte die Regierung sogar

einen Einsamkeitsminister, der allerdings wegen mangelnder Mittel für sein Ressort bald das Handtuch warf.

Die britische Kulturhistorikerin Fay Bound Alberti weist in ihrem Buch „A Biography of Loneliness. The History of an Emotion“ darauf hin, dass die Wurzeln dieser Einsamkeit weit in die Vergangenheit zurückreichen. Die neoliberale Epoche der letzten Jahrzehnte hat diese Entwicklung deutlich verstärkt, die Ursprünge liegen aber wesentlich weiter zurück, in der Zeit der Industrialisierung, als Fabrikarbeit, Disziplinarinstitutionen und Geldökonomie die Netzwerke sozialer Verbundenheit unterminierten. Im Englischen etwa fand das Wort „Einsamkeit“ (loneliness) erst seit 1800 Verbreitung.

Die Atomisierung der Gesellschaft und das Verstummen der Welt, das damit einhergeht, werden uns jedoch oft als Naturzustand des Menschen verkauft. Von klein auf hören wir, dass jeder seines eigenen Glückes oder Unglückes Schmied sei, wir lernen schon in der Schule, uns in Konkurrenz zu anderen zu definieren. Wir bekommen gesagt, dass Anerkennung und Reichtum für jeden erreichbar seien, wenn man sich nur genügend anstrengt und möglichst viele andere aus dem Rennen wirft. Dabei ist diese Ideologie eine offensichtliche Lüge: Dass alle an die Spitze kommen, ist unmöglich, denn die Spitze ist nur dadurch definiert, dass sie auf einer Pyramide von unzähligen Menschen ruht, die sie tragen. Oder um es mit einem anderen Bild zu sagen: Damit einige wenige im Scheinwerferlicht stehen können, muss es überall sonst dunkel sein.

Auf politischer Ebene hat die zunehmende Vereinzelung dazu geführt, dass kollektives Handeln und Selbstorganisation im größeren Stil für viele überhaupt nicht mehr vorstellbar sind. Gesellschaftliche Weichenstellungen werden als Summe individueller Entscheidungen verstanden - ob als Konsumentin im Supermarkt oder als Wähler an der Urne. Diese Konsumdemokratie der Einsamen ist ausgesprochen praktisch für all jene, die den Status quo einschließlich sozialer Ungleichheit und Raubbau am Planeten so lange wie möglich aufrechterhalten wollen. Denn große systemische Veränderungen, die etwa Infrastrukturen oder Eigentumsverhältnisse betreffen und sich nur auf einer kollektiv-politischen Ebene verändern lassen, stehen so gar nicht zur Debatte. Die Geschichte zeigt, dass solche strukturellen Veränderungen immer nur dann stattfinden, wenn Menschen sich dauerhaft organisieren und neue Beziehungen untereinander aufbauen. Oder, um genauer zu sein: wenn sie ihre Beziehungen, die durch die Maske des Geldes unsichtbar gemacht wurden, wieder sichtbar machen. Wenn wir erkennen, dass wir mit der Busfahrerin, die um die Ecke wohnt, dem marokkanischen Erntehelfer, der unsere Tomaten pflückt, der Kaffeebäuerin in Guatemala und dem Minenarbeiter im Kongo ein Netz von Beziehungen bilden, das uns trägt und unser Leben ermöglicht, dann beginnen wir, aus der künstlichen Einsamkeit, in die uns die Ideologie der Trennung sperrt, auszubrechen.

Die abgespaltene Natur: Industrielle Landwirtschaft und Klimakrise

Die Einsamkeit und Entfremdung bezieht sich nicht allein auf die menschliche Mitwelt, sondern auch auf die Welt der Tiere und Pflanzen. Während wir unseren Kindern in Bilderbüchern und Filmen noch immer idyllische Bauernhöfe aus Omas Zeiten zeigen, sieht die Realität in der Regel vollkommen anders aus: Industrielle Tierhaltung und automatisierte Massenschlachtungen dokumentieren die extreme Entfremdung im Umgang mit Tieren, die zu bloßen Objekten im Räderwerk der Geldvermehrung degradiert werden. Das Verhältnis zur nichtmenschlichen Natur ist strukturell schizophren: Empathie, Sorge und Wertschätzung sind auf einen sehr engen Kreis begrenzt, etwa den eigenen Hund und den Garten, während die großen Kreisläufe der Nahrungsmittelproduktion ausgeblendet und einer gnadenlosen Ausbeutungslogik preisgegeben werden. Dabei sind industrielle Landwirtschaft, Massentierhaltung und Fischerei neben der Verbrennung fossiler Brennstoffe der größte Faktor bei der rasanten Zerstörung der Biosphäre. Etwa ein Drittel der Treibhausgase weltweit stammt aus Landwirtschaft und Entwaldung, vor allem aus der Rodung für Weiden und den Anbau von Futtermitteln für die Fleischproduktion, aus der Rinderzucht und aus der Überdüngung, die große Mengen von Methan und Lachgas freisetzt. Auch die Erschöpfung von Süßwasserquellen, die sich in vielen Teilen der Welt abzeichnet, hat ihre Ursache vor allem in der Agrarindustrie.

Die Absurdität dieses ganzen Systems gipfelt darin, dass es bei alledem nicht einmal eine auskömmliche Ernährung für alle bereitstellt, sondern etwa 800 Millionen Menschen jeden Tag hungrig zu Bett gehen lässt, während auf der anderen Seite Berge von Junkfood und billigen Fleischmassen ausgeworfen werden, deren stetig wachsender Konsum eine beträchtliche Zahl von Krankheiten hervorruft, vom Diabetes bis zur Adipositas. Und all dies wird künstlich mit gewaltigen Subventionen aus Steuergeldern am Leben erhalten, allein in der EU in Höhe von etwa 50 Mrd. Euro pro Jahr. Dieses System ist der Inbegriff der totalen Entfremdung von der uns ernährenden Mitwelt. Es zeigt zugleich, wie tödlich es ist, unsere Beziehungen zur Pflanzen- und Tierwelt der Logik einer endlosen Ertrags- und Profitsteigerung zu überantworten. Der Weltagrarbericht und die Studien des UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Nahrung haben gezeigt, dass zur Erhaltung der lebenserhaltenden Ökosysteme ein Umstieg auf ökologische und überwiegend kleinbäuerliche Landwirtschaft dringend notwendig ist. Nur auf diese Weise kann die gesamte Weltbevölkerung ernährt werden, ohne einen Systemkollaps herbeizuführen.²

Nicht zuletzt die Pandemien, die aus der Massentierhaltung und der Zerstörung von Wildtierhabitaten hervorgehen, machen es überdeutlich: Ein tiefgreifender Wandel unserer Beziehungen zur nichtmenschlichen Natur ist eine Überlebensfrage. „We are nature defending itself“, - wir sind Natur, die sich selbst verteidigt: Dieser Leitspruch der neuen globalen Ökologiebewegung bringt es auf den Punkt. Es geht nicht darum, stellvertretend für eine Natur zu agieren, die irgendwo getrennt von uns „da draußen« ist, sondern um die Erkenntnis, dass wir niemals getrennt von ihr waren, dass alles, was wir ihr antun, letztlich ein Schlag gegen uns selbst ist.

Eine Ökonomie der Verbundenheit

Obwohl die Weltwirtschaft ein Netzwerk ist, das scheinbar alles mit allem verbindet - und obwohl das Internet eine Art „globales Dorf“ geschaffen hat, in dem im Prinzip alle mit allen kommunizieren können -, beruht unsere Ökonomie bei näherer Betrachtung doch auf einer Reihe von tiefen Trennungen. Die grundlegendste dieser Trennungen ist die Abspaltung der Natur, die als tote Verfügungsmasse für das Räderwerk der endlosen Geldvermehrung dient. Diese Entbettung aus der Biosphäre macht die moderne Ökonomie so gefährlich: Sie verhält sich auf der Erde wie eine Armee außerirdischer Kolonisatoren, die alles mitnehmen, was sie kriegen können.

Die Trennungen durchziehen aber auch die soziale Sphäre. Zunächst einmal werden die Arbeitenden auf vielerlei Weise an einer konstruktiven Kooperation gehindert und gegeneinander ausgespielt. Abhängig Beschäftigte müssen im Wesentlichen tun, was ihnen gesagt wird, die Entscheidungen werden von den Eigentümern und Managerinnen getroffen. Wie Noam Chomsky treffend bemerkte, sind große kapitalistische Unternehmen im Grunde nach dem Muster absolutistischer Tyrannen organisiert. Das hat auch zur Folge, dass die Arbeitenden von den Früchten ihrer Arbeit und der damit verbundenen Sinnerfahrung getrennt sind. Was sie produzieren, ist im Grunde austauschbar. An die Stelle der befriedigenden Sinnerfahrung, nützliche Dinge für eine Gemeinschaft herzustellen, tritt als abstrakte Kompensation das Geld, mit dem man hofft, sich einen Teil des Lebens, das durch die entfremdete Arbeit geraubt wird, zurückkaufen zu können.

An der Spitze der Pyramide ist diese Form der Entfremdung ebenfalls zu finden. Zwar erhalten Topmanager das Hundert- bis Tausendfache eines Arbeiterlohns als Kompensation; doch auch für sie ist der Inhalt ihrer Tätigkeit vollkommen austauschbar, denn ihr einziger Zweck im großen Getriebe besteht darin, den Shareholder Value für die Anteilseigner zu steigern, egal mit welchen Mitteln und mit welchen verheerenden Konsequenzen. Die Anteilseigner selbst wiederum sind ebenfalls von den Wirkungen ihres Handelns getrennt: Die Rechtsform einer Aktiengesellschaft etwa schließt ausdrücklich eine Verantwortung und Haftung der Aktionäre aus. Oft wissen sie nicht einmal, was das Unternehmen im Einzelnen tut, um ihre Dividende zu erwirtschaften. **Es ergibt sich also eine Kette der strukturellen Verantwortungslosigkeit und systemischen Blindheit, die in die Tiefenstrukturen unserer Ökonomie eingebaut ist. Aus diesem Grund ist es für eine zukunftsfähige Ökonomie entscheidend, wieder Feedbackschleifen in die wirtschaftlichen Beziehungen einzuführen, die allen Beteiligten die ökologischen und sozialen Auswirkungen ihrer Handlungen unmittelbar zurückspiegeln.**

Um uns eine Ökonomie vorzustellen, die die Netzwerke der Verbundenheit sowohl zwischen den Menschen als auch zwischen Menschen und der mehr-als-menschlichen Welt anerkennt und pflegt, statt sie zu verdunkeln, auszubeuten und zu zerstören, müssen wir zunächst das gängige Modell von der Beziehung zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und „Umwelt“ vom Kopf auf die Füße stellen. In diesem Modell gilt die Wirtschaftsordnung als das übergeordnete System, in das sich alles andere einfügen muss. Die soziale Organisation hat sich nach den ökonomischen Rahmenbedingungen zu richten, eine Auffassung, die sich etwa in Angela Merkels berühmten Worten von der „marktkonformen Demokratie“ spiegelt. Noch eine Stufe darunter steht schließlich die „Umwelt“, die man berücksichtigt, wenn die Bedürfnisse der Wirtschaft und der Gesellschaft gestillt sind. In der Realität verhält es sich hingegen genau umgekehrt: Das übergeordnete System ist die Biosphäre, jede denkbare menschliche Ordnung kann stets nur ein Subsystem von ihr sein und ist in jedem Moment von der Funktionsfähigkeit des übergeordneten Systems abhängig. Der Planet kann ohne Menschen auskommen, die Menschheit aber nicht eine Sekunde ohne den Planeten. Ein Subsystem kann das übergeordnete System **niemals beherrschen und auch nicht unbegrenzt darin wachsen. Die beiden zentralen Prämissen der Industriegesellschaft - endloses Wachstum und Naturbeherrschung - sind aus diesem einfachen Grund tödliche Illusionen, die auf einer Verkehrung der realen Rangfolge beruhen.**

Gesellschaften lassen sich außerdem prinzipiell nicht der Ökonomie unterordnen, denn jede denkbare Wirtschaft kann wiederum nur ein Teilsystem der Gesellschaft sein. Wenn Eltern zum Beispiel die Versorgung ihrer Kinder von monetären Gewinnerwartungen abhängig machten, würde die Menschheit rasch aussterben.

Stellt man das verkehrte Modell vom Kopf auf die Füße, ergeben sich sofort vollkommen andere Prioritäten. Die Be-

wahrung der lebenserhaltenden Funktionen der Biosphäre bekommt Vorrang vor allen anderen Erwägungen, ganz einfach, weil ohne diese Funktionen alles andere nichts ist. Die Rede von Kompromissen zwischen Umwelt und Wirtschaft, wie sie unsere politischen Debatten beherrscht, ergibt logisch keinerlei Sinn. Wenn sich zeigt, dass eine bestimmte Wirtschaftsordnung mit der Erhaltung der Biosphäre unvereinbar ist, muss sie geändert werden. Egal, wie schwierig das sein mag.

Die britische Ökonomin Kate Raworth hat die biosphärischen und sozialen Grenzen der Wirtschaft in das Bild eines Donuts gefasst: Am inneren Rand liegen die sozialen Fundamente der Ökonomie. Dazu gehören Zugang zu Nahrung, Wasser, Energie, Wohnung, Gesundheitsversorgung, Bildung sowie Netzwerken und Institutionen, die politische, soziale und juristische Gerechtigkeit herstellen. Der äußere Rand wird von den ökologischen Grenzen gebildet, darunter das Klimasystem, Süßwasserzyklen, Bodennutzung und Biodiversität. Was zwischen diesen beiden Rändern liegt, bildet den Spielraum, in dem sich eine zukunftsfähige Ökonomie bewegen kann.³

Die gegenwärtige Ökonomie erweist sich in dieser Perspektive als maximal falsch konstruiert: Sie überzieht bei Weitem die ökologischen Grenzen und stellt dabei noch nicht einmal eine Sicherung der elementaren sozialen Fundamente für das Gros der Weltbevölkerung bereit.

Eine Wirtschaft jenseits von Wachstums- und Profitzwang

Zu den Grundprinzipien einer zukunftsfähigen Ökonomie gehört, dass sie nicht auf permanente Expansion, also auf Wachstum angewiesen sein darf, denn es ist vor allem die Expansion, die für die ökologischen Krisen verantwortlich ist. Statt auf Wachstum würde sie auf eine gerechtere Verteilung der Produktion setzen. Das Problem der Unterversorgung von großen Teilen der Weltbevölkerung liegt ja keineswegs in einer zu geringen weltweiten Produktion, sondern zum einen in der extrem ungleichen Verteilung, zum anderen in der zunehmenden ökologischen Zerstörung durch die Überproduktion.

Um die Ökonomie aber von Wachstumszwang und Überproduktion zu befreien, genügt es nicht, wie manche Wachstums- und Konsumkritiker glauben, wenn alle Bewohner der reichen Länder einfach weniger verbrauchen und den Gürtel enger schnallen. Denn täten wir dies und ließen dabei die bisherigen Institutionen so, wie sie sind, würden wir in kürzester Zeit in eine massive Krise geraten. Würden wir zum Beispiel aufhören, ständig neue Autos, Möbel, Smartphones und Kleidungsstücke zu kaufen, müssten die entsprechenden Firmen schrumpfen und einen großen Teil ihrer Belegschaften vor die Tür setzen; die Leute hätten in der Folge weder das Geld, ihre Miete noch Kredite zu bezahlen, der Staat würde massiv an Einnahmen verlieren und ihre Schuld müsste seinerseits Leistungen kürzen und Personal entlassen. Das Ergebnis wäre eine umfassende Wirtschafts-, Finanz- und Staatskrise mit sozialen Konsequenzen. Zwar macht es individuell Sinn mitzuredern, den eigenen Konsum in Frage zu stellen und zu reduzieren, gesamtgesellschaftlich ist damit allerdings noch längst keine Lösung erreicht, solange die tieferen Strukturen unangetastet bleiben.

Um einen Ausweg aus der Krise zu finden, genügt es auch nicht, wie Anhänger eines „grünen Wachstums“ glauben, wenn wir statt der bisherigen „dreckigen“ Güter einfach „saubere“ kaufen. Das Beispiel der Elektromobilität zeigt dies deutlich. Die Herstellung eines Elektroautos emittiert derzeit wesentlich mehr CO₂ als die Produktion eines vergleichbaren konventionellen Pkw, vor allem wegen der großen Batterien. Elektroautos verschlingen darüber hinaus große Mengen seltener Erden und anderer Mineralien, etwa Lithium, für deren Abbau ganze Landschaften verwüstet und enorme Süßwassermengen verbraucht werden. Schon jetzt bahnt sich etwa in den Anden aus diesem Grund eine ökologische und soziale Katastrophe an, und dies bei einer noch minimalen Produktion von E-Autos.⁴ Wollte man die derzeitigen etwa eine Milliarde Pkw weltweit durch angeblich saubere Elektroautos ersetzen, wäre das nächste ökologische Desaster programmiert und die Klimakrise keineswegs gelöst. Statt einer bloßen Umstellung auf alternative Antriebe braucht es daher vollkommen andere Mobilitätskonzepte und eine massive Reduzierung des automobilten Verkehrs.

Kapitalgesellschaften als Domsday Machine

Um aus der Verwüstung der Biosphäre und dem Zwang des Immermehr auszusteigen, müssen wir uns daher als Erste mit dem Konsum, sondern mit der Produktion befassen. Die 500 größten Kapitalgesellschaften der Welt kontrollieren etwa 40 Prozent des Weltsozialproduktes und zwei Drittel des Welthandels. Sie sind der Kern und Motor dieser Ökonomie. Abgesehen davon, dass sie durch ihre dominante Stellung über enorme politische Macht verfügen, stellen sie auch noch ein viel tieferes Problem dar: Sie sind so strukturiert, dass sie permanent expandieren müssen. Kapitalgesellschaften haben nur einen einzigen Zweck, der in ihrer Rechtsform festgeschrieben ist: Sie müssen das

eingelegte Kapital vermehren. Nur aus diesem Grund existieren sie. Und da sich Geld nicht, wie bisweilen geglaubt wird, von selbst vermehrt, sondern auf Dauer nur, wenn auch mehr Güter und Dienstleistungen produziert werden, ist die Kapitalvermehrung an einen zunehmenden Durchsatz von Materialien gekoppelt.⁶

Die Kapitalgesellschaft, besonders in Form der Aktiengesellschaft, ist eine der folgenreichsten Erfindungen der Menschheitsgeschichte. Anders als im Falle eines individuellen Unternehmers, der sich, wenn er reich genug ist, jederzeit zur Ruhe setzen und sein Vermögen zur Schau stellen oder verprassen kann, ist ihr ein abstrakter Zwang zur Weiterverwertung des Kapitals in einem endlosen Kreislauf von Profit und Reinvestition eigen. Wenn sie darin innehält, geht sie unter. Für diejenigen, die ihr Geld dort anlegen, gleicht sie einer Maschine, die wie von selbst ständig mehr Geld auswirft. Was dieses Unternehmen zu diesem Zweck konkret tut, ob es Maschinengewehre oder Babysocken herstellt, ob es Wälder abholzt oder Ozeane nach den letzten Fischreserven durchpflügt, ist für die Shareholder vollkommen gleichgültig. Sie müssen sich damit auch gar nicht näher beschäftigen, da sie für die Handlungen und Verbrechen dieser Unternehmen keinerlei Haftung übernehmen.

Die rechtliche Konstruktion, auf der **die modernen Kapitalgesellschaften** seit 400 Jahren beruhen, ist bei näherer Betrachtung eine Monstrosität, eine Art Domsday Machine aus dem Kabinett des Dr. Seltsam. Wie der Dokumentarfilm „The Corporation“ anschaulich zeigt, agieren diese „juristischen Personen“ strukturell psychopathisch. Sie **verfolgen manisch nur ein einziges Ziel, nämlich die Geldvermehrung; sie sind unfähig, die Interessen anderer Lebewesen zu berücksichtigen**, und sie entziehen sich systematisch jeder Verantwortung für die Zerstörungen, die sie hinterlassen. Sie sind, mit anderen Worten, der Inbegriff der Großen Trennung.

Die Pathologie dieser Unternehmen liegt dabei nicht in der individuellen Gier ihrer Manager. Wer eine Kapitalgesellschaft leitet, kann theoretisch der netteste Mensch der Welt sein, er kann Biomöhren im Garten anbauen und Geflüchtete in seinem Haus beherbergen. Aber in seiner Funktion als CEO hat er nur einen einzigen Zweck zu erfüllen: die Quartalsszahlen zu steigern. Erfüllt er diese Funktion nicht, spuckt die Maschine ihn aus.

Der Umbau der institutionellen Logiken

Aus diesem Grund geht es bei einer Transformation der Ökonomie nicht um Appelle an „Corporate Responsibility“ und dergleichen, sondern um einen Umbau der institutionellen Logiken. Anstelle von strukturell psychopathischen Institutionen brauchen wir solche, die auf Respekt für das Leben, auf Empathie, Verantwortung und Verbundenheit beruhen. Solche Institutionen sind keineswegs eine ferne Utopie. Bestimmte Formen von Arbeiterkooperativen und Genossenschaften etwa sind so konstruiert, dass sowohl alle Beschäftigten an Entscheidungen beteiligt sind als auch die sozialökologischen Auswirkungen unternehmerischen Handelns bei den Entscheidungen berücksichtigt werden. Die Initiative für eine **„Gemeinwohlökonomie“**, die von dem Österreicher Christian Felber angestoßen wurde und mittlerweile in Dutzenden Ländern aktiv ist, hat solche Prinzipien systematisiert und zu einem ökonomisch-politischen Modell ausgebaut. Es sieht vor, dass alle Unternehmen Gemeinwohlbilanzen vorlegen müssen, die nicht nur über das finanzielle Ergebnis Auskunft geben sondern auch über die Folgen der unternehmerischen Aktivitäten über die gesamte transnationale Wertschöpfungskette hinweg, vom Ressourcenabbau bis zur Entsorgung. Auf diese Weise werden die sonst abgespaltenen Kollateralschäden zunächst einmal sichtbar gemacht. Im nächsten Schritt geht es darum, welche Konsequenzen daraus folgen. Das Modell sieht vor, dass Unternehmen mit einer guten Gemeinwohlbilanz systematisch bevorteilt werden, indem sie weniger Steuern zahlen, günstigere Kredite bekommen und öffentliche Aufträge erhalten. Gemeinwohlschädigende Unternehmen dagegen zahlen hohe Steuern, bekommen keine oder nur sehr teure Kredite und keine öffentlichen Aufträge - und würden damit langfristig aus dem Verkehr gezogen. Auf diese Weise werden unsere Verbundenheiten mit dem biosphärischen und gesellschaftlichen Stoffwechsel in die Struktur der Unternehmen und in die politischen Rahmenbedingungen eingeschrieben: Wer diese Verbundenheiten pflegt und nährt, gedeiht selbst; wer sie unterminiert, geht unter.

Hinzu kommt: Mit zunehmender Größe eines Unternehmens geht es Schritt für Schritt in die Hand der Beschäftigten über. Betriebliche Entscheidungen werden bei großen Unternehmen von einem Gremium getroffen, das aus gewählten Belegschaftsvertretern und Repräsentantinnen aller „Stakeholder“ besteht, also der Menschen und Ökosysteme, die von den Entscheidungen betroffen sind. Damit würde auch die Trennung der Arbeitenden von den Entscheidungen und den Konsequenzen ihres Tuns überwunden.

Das Problem von solchen alternativen Modellen besteht allerdings darin, dass sie in Nischen bleiben und es mit den Giganten der Weltwirtschaft nicht aufnehmen können. Und das wiederum liegt vor allem daran, dass Staaten die großen Kapitalgesellschaften in vielerlei Hinsicht systematisch bevorteilen und zu großen Teilen sogar künstlich am Leben erhalten, auf Kosten aller anderen Akteure. Zum Beispiel durch **Subventionen**: Der Internationale Währungsfonds schätzt,

dass die fossilen Industrien, also Erdöl, Erdgas und Kohle, jedes Jahr mit der unvorstellbaren Summe von 5 Billionen (5000 Mrd.) Dollar staatlich gefördert werden.⁷ Allein in Deutschland wird außerdem die Autoindustrie jedes Jahr mit 15 Mrd. Euro subventioniert, vor allem durch Dienstwagenprivilegien, Pendlerpauschalen und Abwrackprämien. Der Flugverkehr, der für die weltweit am schnellsten steigenden Treibhausgasemissionen verantwortlich ist, wird, ebenfalls allein in Deutschland, mit zwölf Mrd. Euro jährlich gefördert, unter anderem durch den Verzicht auf Kerosin- und Mehrwertsteuern.⁸ Hinzu kommt, dass die Infrastrukturen für den Flugverkehr, besonders Flughäfen, überwiegend von der öffentlichen Hand bezahlt werden; der Berliner Flughafen BER, der bisher etwa sieben Mrd. Euro verschlungen hat, ist nur ein Beispiel. Konkursgefährdete Fluggesellschaften wie Air Berlin oder Lufthansa werden darüber hinaus immer wieder mit verbilligten Staatskrediten in Milliardenhöhe am Leben erhalten.

Das gesamte Großbankensystem in Ländern wie Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien und den USA würde ohne staatliche Hilfen in Billionenhöhe gar nicht mehr existieren. Dabei handelt es sich nicht allein um die Rettungspakete von 2008/09, sondern auch um die praktisch zinslosen Kredite der Europäischen Zentralbank und der Federal Reserve Bank sowie die sogenannten Euro-Rettungsschirme, die im Wesentlichen die Banken und nicht die Bevölkerungen gerettet haben. Das Problem dieser Subventionen ist nicht allein, dass dadurch Steuergelder verschwinden, die dringend für die sozialen Sicherungssysteme und den Klimaschutz gebraucht werden, sondern auch, dass auf diese Weise Strukturen am Leben erhalten werden, die den ökologischen Kollaps weiter vorantreiben. Denn es sind ebendiese künstlich alimentierten Banken, die Tag für Tag die großen Finanzströme in die destruktivsten Branchen der Erde kanalisieren: in die Erdöl- und Kohleförderung, in den Bergbausektor, in die Auto- und Flugbranche, in die industrielle Landwirtschaft und die Rüstung.

Nimmt man all diese Sektoren und noch einige mehr zusammen, zeigt sich, dass die meisten der 500 größten Unternehmen der Welt ohne staatliche Hilfe gar nicht mehr existieren würden. Wir haben es hier also nicht mit einem Markt zu tun, sondern mit einem Geflecht aus Staaten und Oligopolen. Das Hindernis auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Ökonomie sind daher nicht allein die großen, destruktiv agierenden Kapitalgesellschaften, sondern auch die Staaten, die sie künstlich ernähren.

Dabei ließe sich dies im Grunde relativ einfach ändern. Denn über die Verwendung von Steuergeldern entscheiden - anders als über Unternehmensinvestitionen - in einer Demokratie Parlamente. Statt die Gelder weiter in die Vernichtung des Planeten zu lenken, könnten sie auch in einen sozialökologischen Tiefenumbau investiert werden, in dezentrale, ökologische und gemeinwohlorientierte Strukturen. Das hätte volkswirtschaftlich sogar erhebliche Vorteile: Nicht nur würden die enormen Kosten für Umweltschäden und soziale Schieflagen gesenkt; das Geld würde auch, statt in Steuerosen wie den Bermudas zu verschwinden, in regionale Kreisläufe gelenkt.

Allerdings wurde die Chance, einen solchen Umbau zu beginnen, bisher - und zwar auch und gerade in der Coronakrise - gründlich verschlafen. Über die Billionen von Euro und Dollar, die Staaten in die Hand nahmen, um sie einmal mehr zu erheblichen Teilen in die fossilen Strukturen zu kanalisieren, gab es kaum eine breite öffentliche Debatte. Stattdessen wurde alles getan, um die alte, ächzende Maschine wieder flottzumachen, so dass sie ihren Weg zum Abgrund so schnell wie möglich fortsetzen kann. Wie viele Krisen unsere Gesellschaft noch brauchen wird, um irgendwann einmal andere Entscheidungen zu treffen, ist nicht vorauszusehen. Allzu viele Chancen dürften wir allerdings nicht mehr haben.

** Der Beitrag basiert auf „Der Stoff, aus dem wir sind. Warum wir Natur und Gesellschaft neu denken müssen“, dem jüngsten Buch von Fabian Scheidler, das soeben im Piper Verlag erschienen ist. Ein erster Aufsatz aus diesem Buch erschien in der April-Ausgabe 2021.*

1 Lloyd's Emerging Risk Report 2015, Food System Shock. The insurance impacts of acute disruption to global food supply.

2 Stephan Albrecht und Albert Engel (Hg.), Synthesebericht zum Weltagrарbericht, www.weltagrарbericht.de, Hamburg 2009; Olivier de Schutter, Agroecology and the Right to Food, www.srfood.org, Genf 2011.

3 Kate Raworth, Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört, München 2018

4 Susanne Götze, Lithium-Abbau in Südamerika - Kehrseite der Energiewende, „Deutschlandradio“, 30.4.2019.

5 Umwelt- und Prognoseinstitut Heidelberg, Ökologische Folgen von Elektroautos. Ist die staatliche Förderung von Elektro- und Hybridautos sinnvoll?, Heidelberg 2019.

6 BIP-Wachstum und Ressourcenverbrauch lassen sich zwar bis zu einem gewissen Grad entkoppeln. Allerdings werden solche Effizienzgewinne großenteils durch den „Rebound-Effekt“ aufgeessen, vgl. Tilman Santarius u.a., Rethinking Climate and Energy Policies: New Perspectives on the Rebound Phenomenon, New York 2016.

7 David Coady u.a., How Large Are Global Energy Subsidies? IMF Working Paper, Washington 2015.

8 Umweltbundesamt, Umweltschädliche Subventionen in Deutschland, aktualisierte Ausgabe 2016, S. 44.